WB-FM-01-071-2

Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in:	KV Hamburg-Altona
Beschlussdatum:	02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 70 bis 75:
Europäischer Union unterbunden wird. Insbesondere Exporte in Konfliktgebiete und Länder, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden, sollen gesetzlich verboten werden. ~~Auf europäischer Ebene~~Wer Frieden will, muss sich für weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle engagieren und dabei mit eigenem Beispiel vorangehen. Zweifellos brauchen wir ~~sowohl~~ eine ~~stärker~~auf europäischer Ebene koordinierte Sicherheits- und Verteidigungspolitik ~~als auch verstärkte Anstrengungen zur Rüstungskontrolle. Sie müssen~~, die streng und umfänglich parlamentarisch durch Bundestag und ~~E~~europäisches Parlament kontrolliert ~~sein~~wird. Abrüstung und Rüstungskontroll-Mechanismen sehen wir als wichtige Bestandteile der Sicherheits- und Verteidigungspolitik an, um nachhaltig den Frieden in Europa zu erhalten. Um europäische Sicherheits- und Friedensinteressen nachdrücklich zu vertreten, müssen Deutschland und Europa hier eine aktive diplomatische Rolle einnehmen und insbesondere in Bezug auf den Rüstungskontrollvertrag für nukleare Mittelstreckensysteme (INF) zusammen mit ebenso betroffenen, insbesondere asiatischen Interessenspartnern gegenüber Russland und den USA auf Vertragseinhaltung sowie dessen Ausweitung hinwirken. Wir sind überzeugt, dass die richtige Strategie für wirkliche kollektive Sicherheit der Einbezug weiterer betroffener Staaten, sowie modernerer Waffensysteme wie Cruise Missiles und sowohl See- als auch Landgestartete Mittelstreckenraketen besteht.